

Parlamentarischer Vorstoss

2016/313

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Interpellation von **Andreas Bammatter, SP: Uber im Kanton Basel-Landschaft**

Autor/in: [Andreas Bammatter](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 20. Oktober 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Ausgangslage

Bereits sind in mehreren Kantonen und auch beim Bund Vorstösse zum Thema „Uber“ eingereicht worden. (Auch in BL hat die FDP bereits eine Motion: „über Uber. Gleiche Ellen für alle“ eingereicht.)

Etlliche Abklärungen sind bereits erfolgt, rechtsverbindliche Sachverhalte liegen vor:

- Im Handelsregisteramt des Kantons Zürich ist das Unternehmen als „Uber Switzerland GmbH“ eingetragen. Dieser Firmeneintrag ist massgebend, ungeachtet in welchem Land die Server betrieben werden. Das heisst, die möglichen Sanktionen können in der Schweiz durchgesetzt werden.
- Die SUVA hat bereits bei einigen Uber-Fahrerinnen und -Fahrern eine Verfügung erlassen, in welcher sie deren Selbstständigkeit ablehnt.
- Der Entscheid der SUVA über die Selbstständigkeit oder Unselbstständigkeit von Personen, die im Transportgewerbe tätig sind, gilt für die ganze Schweiz.
- Die Entscheide bzw. Verfügungen der SUVA werden nun via AHV vollzogen, d.h. sie ist dafür besorgt, dass für die entsprechenden Uber-Fahrerinnen und -Fahrer AHV-Beiträge abgerechnet werden.
- Die Sanktionsmöglichkeiten – und auch die Pflicht - liegen bei der AHV. Für die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden beim Arbeitgeber Löhne eingefordert. Begeht der Arbeitgeber diese Forderungen nicht, werden die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeschätzt und die Sozialversicherungsbeiträge aufgrund dieser amtlichen Veranlagung erhoben und eingezogen.

- Das Transportgewerbe, insbesondere das Taxigewerbe, untersteht strengen rechtsverbindlichen Vorgaben (Führerausweis Kat. BPT 121, Leumund wird polizeilich geprüft, Verordnung über die Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen Motorfahrzeugführer und –führerinnen, Versicherung für berufsmässigen Transport, Beförderungspflicht).

Darum habe ich folgende Fragen an die Regierung:

1. Die Führerausweis-Kategorie BPT 121 ist ein Qualitätssiegel. Welchen Stellenwert hat BPT 121 für die Regierung?
2. Welche Massnahmen unternimmt die Regierung, um die erwiesenen zu würdigen?
 - 2.1. Folgen der Unselbstständigkeit
 - 2.2. Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen
 - 2.3. Operative Umsetzung von Sanktionen

Besten Dank für die schriftliche Beantwortung der Fragen.